

WEGE AUS DER WIRTSCHAFTSKRISE UND MÖGLICHKEITEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN STABILITÄT IN ESTLAND

Matti Raudjärv
Universität Tartu

Abstract

The paper gives a concise evaluation of the impacts of the global economic crisis on the Estonian economy in 2009-2010. The main activities performed in the Estonian economy for the alleviation of the crisis have been pointed out. The state budget and its cuts are dwelt upon. Changes in the Estonian economy within the last few years are presented with the related brief assessments. The measures officially planned by government agencies for the current and further stabilisation of the Estonian economy are described. The main activities that should be performed in Estonia in the opinion of the author for the alleviation of and exiting the crisis are pointed out. As overcoming the economic crisis and achievement of subsequent stable development assumes also carrying out several reforms, the paper also briefly dwells on the problems related to the achievement of regional balance and the administrative-territorial reform.

Keywords: global economic crisis, impacts of the crisis on Estonia, dynamics of major economic indicators, measures for exiting the crisis and for economic stabilisation, need for reforms, regional balance and administrative-territorial reform

JEL Classification: E6, E02, H, R1, R11, R58

Einleitung

Das Wirtschaftsleben unterliegt einem ständigen Wechsel der Wirtschaftsaktivitäten. Damit rückläufige Entwicklungen nicht unvorbereitet eintreten und möglichst frühzeitig abgefangen werden können, ist eine ständige Beobachtung und umfassende Analyse der wirtschaftlichen Lage notwendig. Nur so können Rückschläge abgemildert werden. Von besonderer Bedeutung ist das für kleinere Länder, wie Estland, deren Volkswirtschaften in besonderer Weise von den globalen weltweiten Tendenzen abhängen. Es ist darauf zu achten, dass etwaige Euphorien in einzelnen Wirtschaftsbereichen sich nicht durch unreflektierte positive Stimmungswellen auf die Gesamtwirtschaft übertragen und generell zu unkalkulierbaren finanziellen Risiken führen. Als negatives Beispiel für Estland – aber auch für andere Länder – ist an dieser Stelle auf die höchst problematische Kreditvergabe im Immobilien- und Konsumgüterbereich durch das skrupellose Gewinnstreben vieler Geschäftsbanken hinzuweisen.

Ziel dieses Beitrages ist es, einen zusammenfassenden Überblick über die aktuelle Lage der estnischen Wirtschaft in den Jahren 2009 und 2010 zu geben und mögliche Wege aus der Wirtschaftskrise aufzuzeigen, wobei die nach wie vor bestehenden

Notwendigkeiten einer umfassenden Verwaltungs- und Gebietsreform sowie einer ausgewogenen Regionalentwicklung im Vordergrund der Überlegungen stehen müssen. Der Autor stützt sich dabei sowohl auf offizielle Quellen und persönliche Einschätzungen der Wirtschaftslage als auch auf seine langjährige Dozententätigkeit im Gedankenaustausch mit Studierenden in wirtschaftspolitischen Seminaren.

1. Allgemeine Lage der estnischen Wirtschaft 2009/2010

Bei Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kann man sich zurzeit leider nicht auf fundierte Wirtschaftsanalysen stützen. Die Phase der Wirtschaftskrise währt noch nicht lange, ihr Anfang liegt erst ungefähr anderthalb Jahre zurück. Entstandene Tendenzen und festgestellte Sachverhalte sind unvorhersehbar eingetreten und statistische Zeitreihen nur schwer zu prognostizieren, so dass daraus zu ziehende Schlussfolgerungen nur mit äußerster Vorsicht zu betrachten sind. Es gibt dutzende von Zukunftsszenarien. In Estland wird der weitere Verlauf der Krise auf eine sehr unterschiedliche Art und Weise eingeschätzt: Ist die Talsohle bereits erreicht, stabilisiert sich die Lage und geht es bald langsam wieder bergauf? Oder: Setzt sich die Talfahrt noch weiter fort?¹

Zum Teil herrscht die Meinung vor, dass der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht sei, d. h. Rezession und wirtschaftliche Enge noch einige Zeit andauern werden.² Betrachtet man die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, so kann man feststellen, dass die Analysen und Einschätzungen erst Jahre später nach dem Abflauen der Krise auf einem festeren Fundament standen (Amin *et al.* 1982; Berton 1990; Klein 1987; Varga 1974 u. a.).

Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Wirtschaft eines Kleinstaates, wie es Estland zweifellos ist, im wesentlichen Maße von der ökonomischen Lage anderer Länder, vor allem der großen Industrienationen abhängt. Man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, dass Faktoren, die zum Wirtschaftswachstum führen, und Reformen, welche die Überwindung von Krisen unterstützen, unabdingbare Voraussetzungen zum weiteren Erfolg sind. Darauf haben viele Wirtschaftswissenschaftler hingewiesen (z. B. Krugman, Obstfeld 2006: 780-824). Eine wirksame Krisenbekämpfung in Estland liegt nicht nur in der Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivitäten, sondern sie umfasst einen umfangreichen Aufgabenkomplex, wie die Gebiets- und Verwaltungsreform, die Bildungs-, Sozial-, Krankenhaus- und letztendlich auch die Bodenreform, die endlich zu Ende geführt werden muss.

¹ In seinen wesentlichen Zügen ist der vorliegende Beitrag im Zeitraum Dezember 2009 bis Februar 2010 verfasst worden.

² Zum Beispiel wurde am 6. Januar 2010 im Estnischen Fernsehen in der Sendung „Forum“ den Zuschauern die Frage gestellt, ob sie der Meinung seien, dass die Talsohle der Wirtschaftskrise bereits erreicht sei. 78,4 % des Fernsehpublikums gaben per Telefon an, dass nach ihrer Anschauung die krisenhafte Entwicklung noch kein Ende gefunden habe.

Das Jahr 2009 war das erste Jahr, in der sich die Krise in Estland voll ausgewirkt hat. Es brachte dramatische Veränderungen, Einschränkungen, Sparmaßnahmen, Umstellungen und sonstige Zwänge mit sich, wovon sowohl zentralstaatliche und kommunale Institutionen, Unternehmen als auch unzählige Privathaushalte betroffen waren. In vielen Fällen ging es tatsächlich um „das pure Überleben“. Zahlreiche Unternehmen wurden aufgelöst oder mussten Konkurs anmelden. Ähnlich sahen sich nicht wenige Menschen gezwungen, in die private Insolvenz zu gehen. Hinzu kam, dass die Haltung der Estnischen Zentralbank nicht deutlich genug zu erkennen war und versäumt wurde, alles Notwendige bei der Aufstellung der Kreditinstitute in ihren geschäftlichen Beziehungen in die Wege zu leiten. Die bis dato in Estland betriebene äußerst liberale Wirtschaftspolitik hat der krisenhaften Entwicklung zusätzliche Spielräume eröffnet.

Rückblickend auf das Jahr 2009 können folgende Umstände als krisenbestimmend genannt werden (vgl. hierzu Tabelle 1):

- Die Ausgaben im Staatshaushalt mussten gesenkt werden,³ weil die Einnahmen erheblich geringer ausfielen als erwartet.
- Die Gründung und die Erweiterung von Unternehmen wurden stark gebremst. Schätzungsweise liegt der Anteil jener Unternehmer, die mit Gewinn wirtschaften, bei ca. 2% der besetzten Arbeitsplätze, in entwickelten Industrieländern ist diese Zahl zehn Mal oder mehr höher.
- Investitionen der Unternehmungen und deren Exporte gingen sprunghaft zurück. Die Exporte gestalteten sich zunehmend schwieriger, weil auch die wichtigsten Abnehmerländer mit der weltweiten Wirtschaftskrise zukämpfen hatten.
- Einen sehr deutlichen Abschwung erfuhr der Immobiliensektor. Fehlentwicklungen in der Immobilienbranche waren in besonderer Weise für die gegenwärtige Krise verantwortlich.
- Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an, denn zahlreiche Unternehmen sahen sich gezwungen, ihre Geschäftstätigkeit einzuschränken oder gar gänzlich einzustellen.
- Das Bruttoinlandsprodukt sank drastisch, d. h. Estland erfuhr einen deutlichen Wirtschaftsabschwung verursacht durch die nachlassende Endnachfrage.
- Häufig erwiesen sich die gefertigten Produkte und angebotenen Dienstleistungen wegen zu hoher spezifischer Arbeitskosten als zu teuer, was vielerorts vor allem auf die niedrigen Arbeitsproduktivitäten zurückzuführen ist.
- Die kommunalen Selbstverwaltungen gerieten zunehmend in Finanznot, weil deren Verpflichtungen und die benötigten finanziellen Mittel weit auseinanderklafften. Zudem tauchten zunehmend Verdachtsfälle von Korruption auf.

³ Während der zu Beginn des Jahres 2009 verabschiedete Staatshaushalt der Republik Estland noch einen Überschuss von gut einer Milliarde estnische Kronen auswies, kehrte sich nach zwei im Jahresverlauf notwendig gewordene Nachtragshaushalte der Überschuss in ein Defizit um (vgl. hierzu die interpretierenden Ausführungen zu Tabelle 1), wobei die Ausgaben zum Teil durch Auflösung von Rücklagen finanziert werden mussten.

Im estnischen Staatshaushalt wurden im Laufe des Jahres 2009 durch zwei Nachtragshaushalte Kürzungen vorgenommen. Ursprünglich waren im Staatshaushalt für das Jahr 2009 auf der Einnahmenseite 97,8 Milliarden estnische Kronen und auf der Ausgabenseite 96,7 Milliarden Kronen vorgesehen, zusätzliche Sparmaßnahmen mitgerechnet (Riigieelarve 2009).

Durch den ersten Nachtragshaushalt 2009 wurden die erwarteten Einnahmen auf 88,2 Milliarden (also um 9,6 Milliarden Kronen) und die Ausgaben auf 91,9 Milliarden Kronen (also um 4,8 Milliarden Kronen) reduziert. (2009. aasta eelarve + lisaeelarve).

Durch den zweiten Nachtragshaushalt wurden die erwarteten Einnahmen noch einmal um 3,9 Milliarden Kronen herabgestuft und die Ausgaben um 2,6 Milliarden Kronen eingeschränkt, so dass letztendlich erwarteten Einnahmen in Höhe von 84,3 Milliarden Kronen auf der Ausgabenseite 89,3 Milliarden Kronen gegenüberstanden und somit nach diesen Haushaltsansätzen ein Defizit in Höhe von 5 Milliarden Estnischen Kronen resultierte (2009. aasta teise lisaeelarve seadus).

Für den Staatshaushalt 2010 sind 84,5 Milliarden Kronen Einnahmen und 89,7 Milliarden Kronen Ausgaben veranschlagt (2010. aasta riigieelarve seadus).

Den vom Estnischen Statistikamt und von der Estnischen Zentralbank vorgelegten Zahlen ist zu entnehmen, dass 2009 bei wichtigen volkswirtschaftlichen Kennziffern deutliche Rückgänge eingetreten sind (vgl. Tabelle 1). So schrumpfte das BIP 2009 im Vergleich zu 2008 um 14,1 %, die Industrieproduktion ging um 26,1 % zurück und das Bauvolumen verringerte sich sogar um 34,2 %. Gegenüber 2008 gab es 55,6 % weniger PKW-Erstzulassungen (gegenüber 2007 sogar 70,9 % weniger). Im Jahre 2009 betrug die Erwerbslosigkeit 13,8 %. Auch die Tourismusbranche erfuhr 2009 gegenüber 2008 Rückgänge um 6,5 % (im Vergleich zu 2007 sogar um 51,6%). 2009 buchten die Esten 28,8 % weniger Auslandsreisen als im Jahre 2008. Estnische Betriebe investierten 2009 in ihr Anlagevermögen 27,6 % weniger als im Vorjahr.

Die Daten aus Tabelle 1 und die Hintergrundinformationen (geringere Nachfrage, Kürzungen im Staatshaushalt, wachsende Arbeitslosigkeit, Rückgang bei Löhnen und Gehältern) lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Die Wertschöpfungen in Industrie und anderen Wirtschaftszweigen gingen zurück, weil sich die Auftragslage der Betriebe deutlich verschlechtert hat.
- Das Bauvolumen hat sich verringert, verursacht durch die gesunkene Nachfrage nach neuem Wohn- und Büroraum und sonstigen Gebäuden.
- Durch sinkende Einkommen gerieten weite Teile der Bevölkerung in Schwierigkeiten bei der Tilgung ihrer aufgenommenen Kredite. Auch war es für viele Haushalte nicht mehr möglich, ein neues Auto oder andere langlebige Gebrauchsgüter anzuschaffen oder Urlaubsreisen zu unternehmen.
- Das Umsatzvolumen von Lebensmitteln und sonstigen Konsumgütern des täglichen Lebens verringerte sich; es wurde weniger und mit verstärktem Preisbewusstsein gekauft, indem billigere Waren bevorzugt wurden.

- Der Konkurrenzdruck nahm zu, wodurch zahlreiche Waren und Dienstleistungen zum Teil zu Preisen ohne Deckungsbeitrag angeboten wurden; im Handel und Dienstleistungssektor wurden vermehrt Sonderangebots- und Schlussverkaufskampagnen durchgeführt, sowohl für Lebensmittel und sonstige Konsumgüter, Baumaterialien als auch im Hotellerie- und Gastronomiegewerbe.
- Für Betriebe waren oft Investitionen in notwendig gewordenem Umfang nicht mehr finanzierbar; darunter litten Produktentwicklungen und Innovationen im Produktionsbereich.
- Als Ergebnis der nationalen und internationalen Krise schrumpften sowohl die Import- als auch die Exportvolumina.

Die Zahlenreihen zeigen, dass sich bereits im Jahre 2008 ein deutlicher Wirtschaftsabschwung abzeichnete, der sich allerdings in einigen Bereichen nur in einer Abnahme der Zuwachsraten äußerte. Diese Signale wurden von der Regierung leider nicht ernst genug genommen.

In den Anfangsmonaten 2010 überschritt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen die Grenze von 90.000. Hinzu kommen noch etwa 20-25% nicht gemeldete Fälle. Allgemeinen Einschätzungen zufolge wird die Erwerbslosigkeit im weiteren Jahresverlauf weiter steigen. Danach wird im zweiten Halbjahr 2010 mehr als ein Fünftel der erwerbsfähigen Bevölkerung in Estland ohne einen Arbeitsplatz sein.⁴ Eine lang andauernde hohe Arbeitslosigkeit stellt eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft dar, weil zu befürchten ist, dass dadurch soziale Spannungen, Kriminalität und Migration zunehmen werden.⁵

⁴ 2010 wird in Estland die Beschäftigungsquote der 15- bis 74-jährigen bei 57,4 % liegen. Die höchste Beschäftigungsquote im zurückliegenden Zeitraum 1995 bis 2009 war im Jahre 2008 mit 63,5 % erreicht (Eesti majandusnäitajad... 2010).

⁵ Am 19.03.2010 gab das Sozialministerium die neuesten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bekannt (Uudised... 2010). Danach lag der Prozentsatz der gemeldeten Arbeitslosen in Relation zur gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung (ab dem 16. Lebensjahr bis zum Rentenalter) in den letzten drei Wochen bei 14,6 %. Am 18.03.2010 waren 95.119 Personen bei der Arbeitslosenkasse gemeldet (zuvor waren es am 11.03.2010 noch 94.958 Personen). Die Neuzugänge sind jedoch rückläufig: Während zu Beginn des Jahres in der 2. und 3. Kalenderwoche (also im Januar) sich noch 1.192 und 1.261 Personen zusätzlich arbeitslos meldeten, sind diese Zugänge in den zwei Wochen vor dem 19.03.2010 auf 67 und 161 zurückgegangen.

Tabelle 1. Kennziffern zur Lage und Entwicklung der estnischen Wirtschaft 2007-2009

Nr.	Kennziffern	2007	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2008 (*)
1.	Veränderung BIP zu aktuellen Preisen (%)	+ 7,2	- 3,6	- 14,1	
2.	Veränderung der Industrieproduktion (%)	+ 6,4	- 5,1	- 26,1	
3.	Baupreisindex (%)	+ 12,7	+ 3,4	- 8,5	
4.	Bauvolumen (zu laufenden Preisen, in Mio. Kronen)	61 872	56588	37233	- 34,2 (- 39,8)
5.	fertig gestellte Wohnflächen (in tausend m ²)	566,7	458,4	303,7	- 33,7 (- 46,4)
6.	Einzelhandelsumsätze (in Mio. Kronen)	65 775	69 617	57 902	- 16,8 (- 12,0)
7.	Anzahl der PKW-Erstzulassungen	72 378	47 402	21 037	- 55,6 (- 70,9)
8.	Erwerbslosigkeit unter den der 15- bis 74-jährigen (%)	4,7	5,5	13,8	
9.	Durchschnittlicher Monatslohn vor Steuern in estnischen Kronen (**)	11.336,--	12.912,--	12.259,--	- 5,1 (+ 8,2)
10.	Ausländische Touristen in Estland (in tausend Personen)	1.845,2	954,6	892,8	- 6,5 (- 51,6)
11.	Reisende, die bei estnischen Reisefirmen eine Auslandsreise buchten (in tausend Personen)	515,6	541,9	386,1	- 28,8 (25,1)
12.	Export (in Mio. Kronen)	125.697,2	132.445,8	101.309,7	- 23,5 (- 19,4)
13.	Import (in Mio. Kronen)	178.983,7	170.042,2	114.082,9	- 32,9 (- 36,3)
14.	(ausl.) Direktinvestitionen in Estland (in Mio. Kronen)	178.880,9	177.035,1	176.311,0	- 0,4 (- 1,4)
15.	Anlagen-Investitionen (zu laufenden Preisen in Mio. Kronen)	39.900,0	36.782,1	26.621,2	- 27,6 (- 33,3)

(*) In Klammern jeweils die Veränderungen im Jahre 2009 gegenüber 2007.

(**) im Jahr 2009 handelt es sich um Angaben aus dem IV. Quartal; in Klammern Veränderung des IV. Quartals 2009 gegenüber 2008.

Quellen: Eesti majandusnäitajad 2010; Enim nõutud statistika 2010 (a, b); Berechnungen des Autors.

Charakteristisch für das Vorgehen wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger in Estland in Krisensituationen ist häufig ein zögerliches und damit verspätetes

Handeln. Dann folgt nicht selten eine wenig durchdachte und unangebrachte Hektik. Zum Beispiel wurde Mitte Juni 2009 der Umsatzsteuersatz für die meisten Waren und Dienstleistungen binnen zwei Wochen zum 1. Juli 2009 von 18% auf 20% angehoben. Der Regierung ging es dabei ganz offensichtlich in erster Linie um einen einigermaßen ausgeglichenen Staatshaushalt, ohne Rücksicht auf die konjunkturellen Notwendigkeiten. Den Politikern fehlt es einfach an notwendigem Sachverstand, klaren Zielsetzungen und wirtschaftspolitischem Willen. Bereits zu Beginn der Krise konnten sie weder die wirtschaftliche Lage in Estland richtig einschätzen noch darauf rechtzeitig reagieren.

2. Stabilisierungsmaßnahmen und Zielsetzungen für die estnische Wirtschaft

Von 2009 bis 2010 wurden in Estland zur Stabilisierung der Wirtschaft mehrere unterschiedliche Maßnahmen getroffen. Im Wesentlichen waren das:

- Zum 1. Juli 2009 trat das neue Arbeitsvertragsgesetz in Kraft. Gedacht war dabei daran, auf dem Arbeitsmarkt mehr Flexibilität zu erreichen, ohne damit den wirtschaftlichen Status der Arbeitnehmer wesentlich zu beeinträchtigen. Es ist jedoch zu befürchten, dass dadurch zwar die Dispositionsfreiheit der Arbeitgeber verbessert wird, aber zu Lasten der Arbeiter und Angestellten.
- Ab dem 1. Juli 2009 wurde der Umsatzsteuersatz für die meisten Waren und Dienstleistungen von 18 % auf 20 % angehoben. Der verminderte Umsatzsteuersatz, der vor allem für Bücher, Arbeitshefte, Zeitungen, Zeitschriften, Arzneimittel und Hoteldienstleistungen gilt, wurde auf 9 % erhöht.
- Der Einkommensteuersatz sowohl für natürliche als auch juristische Personen bleibt im Jahr 2010 unvermindert – wie im Vorjahr – bei 21 %; vor der Krise war geplant, jährlich den Einkommensteuersatz um einen Prozentpunkt zu senken;
- Die Verbrauchssteuern für Treibstoffe, Alkohol und Tabakwaren sind zum 1. Januar 2010 und für Elektrizität zum 1. März 2010 erhöht worden.
- Für die Entrichtung der Grundsteuer sind aus erhebungstechnischen Gründen die Zahlungsintervalle verlängert worden; während es bisher drei Termine gab (15. April, der 15. Juli und 15. Oktober), gibt es ab 2010 zwei Termine (31. März und 1. Oktober).
- Zum 1. Januar 2010 tritt für Rehabilitationstherapie ein Selbstbehalt in Höhe von 15 % in Kraft (bisher wurde die Therapie in vollem Umfang von der Estnischen Krankenkasse finanziert).

Zur Stützung des Wirtschaftswachstums und Gewährleistung eines besseren Beschäftigungsstandes in Estland wurde der „Aktionsplan zur Konkurrenzfähigkeit für 2009-2014“ verfasst. Auf Grund dieses Planes werden für die nächsten Jahre folgende Prioritäten gesetzt (Uendatud... 2010: 29):

- Befolgung einer konservativen Politik in der Makrowirtschaft mit dem Ziel
 - das Haushaltsdefizit des öffentlichen Sektors auf ein Niveau unter 3 % des BIP zu drücken;
 - im Jahre 2011 der Europäischen Währungsunion beizutreten; hierzu ist anzumerken, dass der Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

nicht ausschließlich als Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angesehen wird, sondern als eine notwendige Voraussetzung für eine langfristige positive wirtschaftliche Entwicklung;

- die Zunahme der Schuldenlast des öffentlichen Sektors unter Kontrolle zu halten;

- die Investitionstätigkeit in Estland in den nächsten Jahren zu stärken.

- Stärkung der Exportfähigkeit der Betriebe. Dadurch
 - sollen die Bedingungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität verbessert werden;
 - sollen die Exportkapazitäten auf dem Niveau von 2008 gehalten werden;
 - sollen ausländische Direktinvestitionen in Estland attraktiv werden.
- Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer, indem man
 - die Finanzierungsmöglichkeiten für ein lebenslanges Lernen verbessert;
 - Weiterbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten verstärkt ausbaut;
 - den Niedrigstand der Beschäftigung zum Anlass nimmt, die Qualifikation von 50.000 Arbeitnehmern um eine Stufe zu erhöhen.⁶
- Stabilisierung und Erhöhung des Beschäftigungsstandes durch
 - Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen;
 - Erhöhung der öffentlichen Infrastrukturausgaben;
 - als Nahziel wird bis 2011 die Wiedererreichung der Beschäftigungsquote von 2008 angestrebt, die in der Altersgruppe der 15- bis 64-jährigen bei 63,5% lag (vgl. Fußnote 4).

Es sei noch einmal ausdrücklich betont, dass der Beitritt zur Eurozone nicht als ein Rettungsakt für die estnische Wirtschaft anzusehen ist, sondern die Euro-Zugehörigkeit ist lediglich ein Mittel unter anderen zur Verwirklichung einer erfolgreichen estnischen Wirtschaftspolitik in der Zukunft.

3. Wege aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

Die Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verlangt ein zielsicheres und zweckmäßiges Handeln und bedarf entsprechender wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Zu berücksichtigen ist, dass die volkswirtschaftliche Struktur nach der Krise nicht mehr dieselbe ist wie vor der Krise. Im Verlauf der zurückliegenden zwei Jahre haben sich Verschiebungen in den Gewichtungen und Inhalten der einzelnen Wirtschaftssektoren und -zweige ergeben. Diese Tatsache macht ein überregionales, intensives und zielgerichtetes Weiterbildungs- und Umschulungsprogramm notwendig. Dieses Programm muss staatlicherseits durch entsprechende Institutionen koordiniert und vorangetrieben werden. Im Moment fällt nur auf, dass der Staat in dieser Richtung wenig unternimmt.

Bis jetzt hat der Staat seine Ausgaben zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht in ausreichendem Maße gekürzt und seine Handlungseffizienz nicht steigern

⁶ Eine genaue Beschreibung dieser Stufen findet man in dem entsprechenden Entwicklungsplan für Erwachsenenbildung („Täiskasvanuhariduse arengukava 2009-2011“)

können. Folglich müsste das Jahr 2010 für den öffentlichen Sektor endlich ein Jahr konsequenter Sparmaßnahmen werden, die aber, darauf muss ausdrücklich hingewiesen werden, die Rahmenbedingungen für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen dürfen. Die bisherigen Kürzungen lassen ein umfassendes rationales Handeln noch nicht erkennen. Man hat zwar Gehaltskürzungen vorgenommen und Ämter zusammengelegt;⁷ jetzt ist es aber an der Zeit, dass die Tätigkeit der Staatsbediensteten an Komplexität gewinnt und in jeder Hinsicht ergebnisorientierter wird. Es muss sichergestellt werden, dass sich die Zuständigkeiten unterschiedlicher Behörden nicht mehr überschneiden, wie das bisher häufig der Fall war.

Über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Estland gibt es zahlreiche Prognosen⁸, die zum Teil zu recht unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Prognosen können zum Teil recht interessant, manchmal sogar nützlich sein; aber man darf sie nicht überbewerten. Die Schlussfolgerungen sind nicht selten subjektiv gefärbt, manchmal sogar irreführend, wenn die Verfasser nicht über umfassende und fundierte Informationen verfügen sowie keine ausreichenden Kenntnisse der tatsächlichen Lage und landesspezifischen Bedingungen besitzen. Einzelne statistische Angaben können eben keine gesicherte Grundlage für eine adäquate Bewertung geben.

Damit Estland die Krise überwinden kann, sind folgende Ansatzpunkte von Bedeutung:

- Zunächst geht es um die Förderung der einheimischen Produktion, auch der Industrieproduktion, der bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Es ist zwar richtig, dass Vermittlungstätigkeiten, Transithandel, Tourismus, Immobiliengeschäfte, Infotechnologie nach wie vor äußerst wichtige Teilbereiche für die estnische Wirtschaft sind; dennoch darf der Industriebereich nicht vernachlässigt werden, in dem produktive Arbeitsplätze zu errichten sind, auf denen international wettbewerbsfähige Waren hergestellt werden können.
- Die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf allen Ebenen ist eine wichtige Bedingung zur Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit, eines stabilen Preisniveaus und zur allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung. Das setzt die Anwendung moderner Techniken voraus und dies wiederum die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas,

⁷ Seit 2010 gibt es folgende Veränderungen:

- Die drei Behörden für Polizei, Grenzschutz und Staatsangehörigkeits- und Migrationsangelegenheiten wurden zusammengelegt zum Polizei- und Grenzschutzamt.
- Aus der Aufsichtsbehörde für Pflanzenproduktion, den regionalen Meliorationsbüros und dem zentralen Aufsichts- und Expertisebüro für meliorative Baumaßnahmen wurde das Landwirtschaftsamt gegründet.
- Durch die Zusammenlegung des Amtes für Gesundheitswesen, der Aufsichtsbehörde für Gesundheitsschutz und dem Infozentrum für Chemikalien entstand das Gesundheitsamt.
- Mit der Beratung von Landwirten und sonstigen Landunternehmern beschäftigt sich seit 2010 die Stiftung zur Förderung des Landlebens; bis dato gehörte diese Aufgabe zum Zuständigkeitsbereich der Estnischen Landwirtschaftskammer.

⁸ oft im Auftrag der unterschiedlichsten Institutionen.

weil in der Regel erst durch Investitionen neuzeitliche Technologie Eingang in den Produktionsprozess finden kann (embodied technical progress).⁹

- In diesem Zusammenhang kommt es auch darauf an, Existenzgründungen durch Entbürokratisierung zu erleichtern und damit einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu leisten.
- Eine noch präzisere Aufteilung der Funktionen zwischen Zentralregierung und kommunalen Selbstverwaltungen stellt ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Wirtschaftsförderung dar. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die kommunalen Selbstverwaltungen bei der Finanzierung ihrer Aufgaben zu unterstützen, wobei im Hinblick auf die verschiedenen Projekte Prioritäten zu setzen sind.
- Letztendlich ist die Verwendung der EU-Mittel effizienzorientiert zu verbessern.

Die aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeiten sind leichter zu verwirklichen, wenn von der Notwendigkeit der Durchführung einer umfassenden Verwaltungs- und Gebietsreform und der regionalen Ausgewogenheit ausgegangen wird. Was die regionale Entwicklung anbelangt, so befindet sich Estland gegenwärtig noch in einer äußerst ungleichgewichtigen Situation; das bestätigen fast alle estnischen Wirtschaftskennziffern im regionalen Vergleich. Darüber hinaus muss auch über die übrigen notwendigen Reformen weiter diskutiert werden, so dass diese bald in Angriff genommen und realisiert werden können.

4. Regionaler Ausgleich sowie Verwaltungsreform als wesentliche Mittel für Wirtschaftsaufschwung und stabile Entwicklung

Einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und zur Wiedererlangung von Stabilität und Wirtschaftswachstum könnte die Verwirklichung jener Reformen leisten, welche in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen zwischenparteilichen Auseinandersetzungen und letztendlich noch zu keinen befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Dazu gehören vor allem die Verwaltungs- und Gebietsreform sowie die Bildungs-, Sozial-, Krankenhaus- und die noch nicht zu Ende geführte Bodenreform, die alle für eine ausgewogene Regionalentwicklung unentbehrlich sind. Mit anderen Worten: *Wenn unter Berücksichtigung und Anwendung der Grundsätze der regionalen Ausbalancierung die Verwaltungs- und Gebietsreform komplex umgesetzt werden, wird auch die Durchführung anderer wesentlicher Reformen besser gelingen. Das wiederum bildet die Grundlage zur Wiederherstellung der Stabilität und garantiert ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und unterstützt die Gesamtentwicklung der estnischen Wirtschaft.*

⁹ Die Relation zwischen Lohn- und Produktivitätssteigerungen wird in Estland leider nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Wichtig ist, darauf zu achten, dass die Arbeitskosten nicht stärker steigen als die Arbeitsproduktivität, weil sonst die spezifischen Personalkosten steigen und den Geldwert zu ruinieren und mögliche Steigerungen des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung zu paralisieren drohen. Die Notwendigkeit, die genannten Kennziffern ständig zu berechnen, zu veröffentlichen und zu beobachten, wird auch vom Generaldirektor des Statistikamtes Priit Potisepp gefordert (Potisepp 2010).

Der Stillstand bei den genannten Reformen bremst erheblich die Entwicklung der estnischen Wirtschaft und mindert ihre Konkurrenzfähigkeit. Leider zeigen sich die Parteien bis heute unfähig, ihre Kontroversen zu überbrücken und sich über die Durchführung der Reformen zu einigen. Stattdessen werden sowohl parteiliche als auch persönliche Ambitionen in den Vordergrund gerückt. Durch eine solche Einstellung wird ein nachhaltiger Schaden verursacht, und das verursacht wiederum hohe gesellschaftliche Kosten in der Zukunft. Das ist der Preis für mangelnde politische Kultur, Kurzsichtigkeit und fehlenden Willen.¹⁰

Wie sieht die bisherige regionale Entwicklungsplanung aus?

Das erste regionalpolitische Grundsatzpapier, die „Konzeption für Regionalpolitik“, wurde 1994 von der estnischen Regierung verabschiedet. 1999 wurde die Strategie der Regionalentwicklung erstellt, welche die Grundsätze dieser Konzeption aufgriff und erweiterte. In demselben Jahr ist die Strategie von der Regierung beschlossen worden. Mit diesem Strategiepapier werden die angestrebten regionalen Entwicklungsrichtungen, die staatlichen regionalpolitischen Grundlagen und die Ausgangspunkte zur Ausrichtung der regionalen Wirkung der Teilpolitiken in der Vorbereitungsphase zum EU-Beitritt festgelegt (Eesti regionaalarengu... 2010).

Zum heutigen Zeitpunkt hat sich der allgemeine Rahmen für Regionalpolitik erheblich gewandelt. Die Veränderungen während der Transformationsphase in den 1990er Jahren sind realisiert und die regionalpolitischen Entwicklungsrichtungen stabilisieren sich. Bei der Umsetzung der staatlichen Regionalpolitik hat man positive Erfahrungen erworben, die bei der effizienteren Einsetzung der vorhandenen Mittel zur Ausrichtung der Regionalentwicklung von Nutzen sind. Es sind mehrere, das ganze Land erfassende Entwicklungspläne und –strategien beschlossen worden. Im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt wird die Regionalpolitik, ähnlich wie die Politiken vieler anderer Bereiche, immer stärker durch die EU-Kohäsionspolitik beeinflusst (Eesti regionaalarengu... 2010).

Auf Grund des oben genannten Strategiepapiers plant die estnische Regierung eine sichere und ausbalancierte Regionalentwicklung, bei der alle Regionen ihre spezifischen Voraussetzungen gezielt und effizient einbringen und auf dieser Weise ihren Beitrag zur Entwicklung des gesamten Landes leisten können. Trotz seiner relativ geringen Fläche gibt es in Estland im internationalen Vergleich bemerkenswerte regionale Unterschiede. Charakteristisch ist, dass der Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit der Tallinner Hauptstadtregion –

¹⁰ Die Tätigkeit der Parteien bedarf einer Neuregelung, d. h. die Abgeordneten sollten tatsächlich ihre Wähler und sozialen Gruppen repräsentieren, und nicht sich selbst oder ihren Freundeskreis. Auch im geltenden Wahlsystem sind Änderungen notwendig: Die Wähler müssen die Möglichkeit haben, konkrete Personen zu wählen, und nicht undurchsichtigen Parteilisten hinnehmen, bei denen die Spitzenplätze der Liste nicht durch erzielte Wählerstimmen, sondern von der Parteiführung bestimmt werden. Gleichzeitig muss das System die Möglichkeit bieten, Abgeordnete, die dem Wählerauftrag nicht nachkommen, abzuwählen.

teilweise auch der Tartuer Stadtregion – und der anderen Regionen Estlands stark divergieren. Die estnische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, alle Regionen Estlands sowohl zum Wohnen als auch zur Gewerbeansiedlung attraktiv zu machen. Das Erreichen dieses Zieles ist nur möglich durch Verbesserung jener Bedingungen, welche die Entwicklung des Landes als Ganzes beeinflussen.

Damit der regionale Ausgleich erreicht wird, ist eine konsequente Umsetzung der staatlichen Regionalpolitik notwendig. Bis heute ist es aber nicht gelungen, das Entwicklungstempo einer ganzen Reihe von Gebieten dem Tempo der großen Wachstumsregionen Estlands anzugleichen.

Ausgehend von der Strategie der Regionalentwicklung hat sich die estnische Regierung zum Ziel gesetzt, diese Situation zu ändern. Die Regierung vertritt den Standpunkt, dass die Umsetzung von Entwicklungsinitiativen von der kommunalen oder regionalen Ebene angestoßen werden müsse, in bestimmten Fällen auch von der staatlichen Ebene.

Aus diesem Grunde ist die estnische Regierung bereit, partnerschaftliche Hilfe zu gewähren und die Entwicklungsinitiativen der kommunalen und regionalen Ebenen zu unterstützen. Dazu hat die Regierung zugesagt, weiterhin spezielle regionalpolitische Mittel zur regionalen Entwicklungsbeschleunigung bereitzustellen. Zusätzlich erklärte sich die Regierung bereit, die Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien zu fördern, um ein besseres Zusammenwirken der einzelnen Teilpolitiken bei der Entwicklung der verschiedenen Regionen zu erzielen. (Eesti regionaalarengu... 2010). Die Praxis hat aber leider gezeigt, dass diese Versprechungen und Vorsätze in großen Teilen bisher nicht umgesetzt worden sind.

Die Analysen zeigen, dass die Entwicklungstendenzen auf jenen Gebieten aufmerksam beobachtet werden müssen, die einen verhältnismäßig homogenen sozial-wirtschaftlichen Handlungsraum bilden, wie das z. B bei kommunalen Selbstverwaltungen der Fall ist. Diese sind aber oftmals zu klein und die Landkreise auf Grund ihrer unterschiedlichen lokalen Kraftzentren und Einzugsgebiete zu heterogen. Die Aufteilung der kommunalen Selbstverwaltungen nach ihren Einwohnerzahlen und die Beschreibungen der Landkreise sind aus den Anlagen 1 und 2 ersichtlich.

Überwiegend handelt es sich in Estland um kleine Selbstverwaltungen. Nur 44 von ihnen haben mehr als 5000 Einwohner, 182 kommunale Selbstverwaltungen (also 4/5 oder 80,5 %) zeichnen sich durch geringere Einwohnerzahlen aus. Deswegen muss noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden: *Bei der Gestaltung eines effizienten Systems kommunaler Selbstverwaltungen* in Estland ist deren Zusammenschluss unumgänglich. Darüber hinaus ist wichtig, dass zur Gewährleistung einer größeren Nachhaltigkeit und zur Erzielung eines höheren Beschäftigungsgrades die Weiterentwicklung bestehender Unternehmen und die Gründung neuer Unternehmen nach Kräften gefördert werden muss.

In Estland heben sich 44 Kraftzentren¹¹ (Städte, Ortschaften, Gemeindezentren) ab, um die herum die Einzugsgebiete der Arbeitskräfte liegen (vgl. Anlage 3). Diese Einzugsgebiete liegen meistens in der Mitte eines Landkreises, und nur in seltenen Fällen überschreiten sie die Landkreisgrenzen. Die Randgebiete fallen entweder in das Einzugsgebiet eines anderen Kraftzentrums, oder sie bleiben völlig außerhalb jeglicher Einzugsgebiete. Die Pendlerbewegungen führen dazu, dass die Menschen ihre durch Einkommen erworbene Kaufkraft zum größten Teil vom Arbeitsplatzstandort in ihren Wohnstandort verlagern (durch Kauf von Waren und Inanspruchnahme von Dienstleistungen). Betrachtet man nun noch die Städte und das städtische Umland, und berücksichtigt man außerdem, dass innerhalb eines Landkreises gewöhnlich mehr als ein Kraftzentrum liegt, wird deutlich, dass im Hinblick auf eine ausgewogene Regionalförderung eine detaillierte Analyse der Kaufkraftverteilung unumgänglich ist.

Die im Jahre 2000 durchgeführte Erhebung zu den Pendlerbewegungen hat ergeben, dass jeder vierte Berufstätige außerhalb seiner Heimatstadt oder –gemeinde einen Arbeitsplatz hatte. Im Vergleich zu der im Jahre 1983 durchgeführten Erhebung ist festzustellen, dass während der Transformationsphase die Arbeitsmobilität in Estland deutlich zugenommen hat, und zwar um etwa das Zweieinhalbfache. Ursachen für die größere Arbeitsmobilität sind die gestiegene Nachfrage nach Facharbeitskräften, verbesserte Verkehrsmöglichkeiten und Verfügbarkeit über Wohnräume, aber auch höhere Wohnkosten in Städten. Auch die Tatsache, dass die Mehrzahl der neu entstandenen Arbeitsplätze in stadähnlichen Ortschaften anzutreffen ist, dürfte eine Rolle gespielt haben. (Eesti regionaalarengu... 2010).

Bei den Pendlerbewegungen ist der Anteil jener Pendler, die vom Lande in die Stadt zur Arbeit fahren, besonders stark gestiegen. Die Gründe dafür liegen sowohl beim Wegfall der Arbeitsplätze in ländlichen Regionen als auch bei der zunehmenden Suburbanisierung um die größeren Zentren. Im Zuge der in den 1990er Jahren gestiegenen Pendlerwanderung und im besonderen Maße durch die Suburbanisierung bilden sich in Estland immer deutlicher Wachstumsregionen heraus. Auf Grund der in 2002 erstellten „Analyse des Entwicklungspotenzials der städtischen Regionen in Estland“ kann man die Herausbildung von 12 städtischen Regionen beobachten (vgl. hierzu Anhang 4). Es stellt sich heraus, dass von 15 Landkreiszentren ganze 11 zu den Wachstumsregionen gehören (Tallinn, Tartu, Jõhvi, Pärnu, Haapsalu, Kuressaare, Paide, Rakvere, Valga, Viljandi, Võru). Von den städtischen Regionen ist nur die Stadt Narva im Landkreis Ida-Virumaa kein Landkreiszentrum. Mit seinen 65.000 Einwohnern (Stand: Anfang 2010) ist Narva nach Tallinn und Tartu die drittgrößte Stadt Estlands, wobei fast 96 % der Stadtbevölkerung Nicht-Esten sind. Vier Landkreise (Hiiumaa, Jõgeva, Põlva und Rapla) sind nicht zu den Wachstumsregionen zurechnen.

¹¹ Hinweis: Die 44 Kraftzentren sind nicht gleichzusetzen mit den zuvor erwähnten 44 kommunalen Selbstverwaltungen. Es handelt sich hierbei um unterschiedliche institutionelle Gebiete und regionale Einheiten.

Bei der Förderung der oben erwähnten 44 Kraftzentren dürfen die genannten 12 Wachstumsregionen nicht außer Acht gelassen werden. Also ist eine regionale Ausbalancierung nur dann zu erzielen, wenn einerseits die Entwicklungsperspektiven der Wachstumsregionen und andererseits die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kraftzentren innerhalb dieser Regionen gleichermaßen berücksichtigt werden. Kurz: Die Zukunft der Wachstumsregionen und Kraftzentren liegt in ihrem komplexen Zusammenwirken.

Gleichzeitig gehen die Bemühungen des Staates in Richtung der Entstehung von vier Verwaltungsgebieten in Estland mit Zentren in Tallinn, Tartu, Jõhvi und Pärnu. Der Ausbau solcher Zentren setzt allerdings günstige Verkehrsmöglichkeiten für die Bewohner anderer Gebiete voraus. Weil das aber nicht der Fall ist, ist diese Vorgehensweise nicht die beste Lösung, sondern verschlechtert den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und bringt für die Bevölkerung einen zusätzlichen Aufwand und Extrakosten mit sich.

Schlussbetrachtungen

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist eine fundierte Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Estland unerlässlich. Erst auf einer solchen Grundlage kann man die notwendigen Schlüsse ziehen und die geplanten Maßnahmen effizient einsetzen. In der Europäischen Union wird der Regionalproblematik ein sehr hoher Stellenwert beigemessen. Folglich stehen die estnischen Entscheidungsträger vor der Aufgabe, über die Regionalentwicklung nicht nur zu sprechen und Pläne zu schmieden, sondern Geplantes auch tatsächlich umzusetzen. Sowohl die überregionalen als auch die regionalen Erhebungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber zuweilen drängt sich die Frage auf: Ist man überhaupt fähig und in der Lage so viele Aufgaben auf einmal in Angriff zu nehmen? Die Zeit drängt und die Notwendigkeiten sind enorm!

Literaturverzeichnis

1. **Amin, S., Arrighi, G., Frank, A. G., Wallerstein, I.** *Dynamics of global crisis*. London, Basingstoke: Macmillan, 1982.
2. **Berton, P.** *The Great Depression, 1929-1939*. Toronto: McClelland & Stewart, 1990.
3. Eesti majandusnäitajad aastate lõikes. Eesti Pank. Available at: http://www.eestipank.info/dynamic/itp2/itp-report_2a.jsp?reference=503&className=..., 19.03.2010.
4. Eesti Regionaalarengu strateegia 2005-2015.a. Regionaalpoliitika.
5. Siseministeerium. Available at: http://www.siseministeerium.ee/public/EESTI_REGIONAALARENGU_STRATEGIA_2005_2015.doc, 24.01.2010.
6. Enim nõutud statistika. Põhinäitajad. Statistikaamet. Available at: <http://www.stat.ee/pohinaitajad>, 11.01.2010 (a).
7. Enim nõutud statistika. Põhinäitajad. Statistikaamet. Available at: <http://www.stat.ee/pohinaitajad>, 17.03.2010 (b).

8. Foorum. ETV. 06.01.2010.
9. **Klein, D.** *Krisen des Kapitalismus – Strategien und Tendenzen*. Berlin: Dietz, 1987.
10. **Krugman, P. R., Obstfeld, M.** *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Aussenwirtschaft*. 7. Auflage. München: Pearson, 2006, 874 S.
11. Kohalik omavalitsus. Siseministeerium. Available at: <http://www.siseministeerium.ee/kov/>, 24.01.2010.
12. **Potisepp, Priit** (Statistikaameti peadirektor). Autori telefoniintervjuu, Tallinn, 28. veebruar 2010.
13. Riigieelarve 2009. Rahandusministeerium. Available at: <http://www.fin.ee/index.php?id=80384>, 08.01.2010.
14. 2009. aasta eelarve + lisaeelarve. Rahandusministeerium. Available at: <http://www.fin.ee/index.php?id=80384>, 08.01.2010.
15. 2009. a. teise lisaeelarve seadus (Riigikogu poolt heaks kiidetud). Rahandusministeerium. Available at: <http://www.fin.ee/index.php?id=80384>, 08.01.2010.
16. 2010. aasta riigieelarve seadus. Rahandusministeerium. Available at: <http://www.fin.ee/index.php?id=99173>, 08.01.2010.
17. **Varga, E.** *Die Krise des Kapitalismus und Ihre politischen Folgen*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, 1974.
18. Uudised. Infotunni materjalid: olukord tööturul. Sotsiaalministeerium. Available at: <http://www.sm.ee/aktuaalne/uudised.html>, 19.03.2010.
19. Uuendatud konvergenstsiiprogramm 2010 (28.01.2010). Tallinn: Rahandusministeerium, 2010.

Anlage 1. Aufteilung kommunaler Selbstverwaltungen nach ihren Einwohnerzahlen¹²

Einwohnerzahl (10.11.2009)	Städte	Gemeinden	Insgesamt
0-1.000	1	38	39
1.001-1.500	2	46	48
1.501-2.000	2	29	31
2.001-3.000	-	30	30
3.001-4.000	4	15	19
4.001-5.000	3	12	15
5.001-7.500	5	15	20
7.501-10.000	2	4	6
10 001-50 000	11	4	15
50 001-100 000	2	-	2
100 001-	1	-	1
Insgesamt	33	193	226

Quelle: Kohalik omavalitsus... 2010.

¹² In den Anlagen 1 und 2 beziehen sich die Angaben auf den Stand vom November 2009, weil am 18. Oktober 2009 die ordentlichen Wahlen zu den Kommunalvertretungen stattfanden und danach die Zahl der kommunalen Selbstverwaltungen bei 226 liegt.

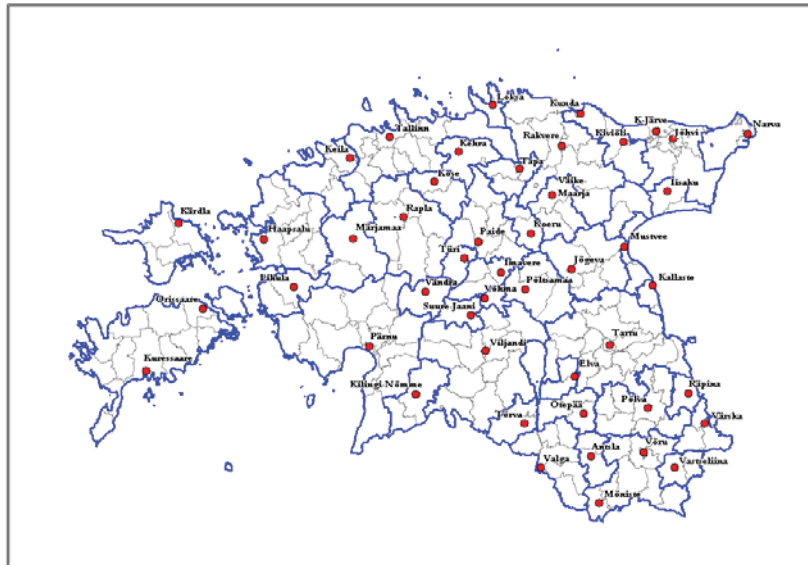
Anlage 2. Landkreise Estlands: Fläche, Bevölkerungszahl, kommunale Aufteilung, Stand 02.11.2009

Nr.	Landkreis	Fläche (km ²)	Einwohnerzahl	Städte	Gemeinden	Insgesamt
1.	HARJU	4.333	554.986	6	18	24
2.	HIUMAA	1.023	10.322	1	4	5
3.	IDA-VIRU	3.364	166.979	6	16	22
4.	JÕGEVA	2.604	35.422	3	10	13
5.	JÄRVA	2.461	34.940	1	11	12
6.	LÄÄNE	2.383	27.622	1	11	12
7.	LÄÄNE-VIRU	3.627	66.443	2	13	15
8.	PÕLVA	2.165	31.066	1	13	14
9.	PÄRNU	4.806	90.604	2	18	20
10.	RAPLA	2.980	37.179		10	10
11.	SAARE	2.922	35.925	1	15	16
12.	TARTU	2.993	148.838	3	19	22
13.	VALGA	2.044	34.057	2	11	13
14.	VILJANDI	3.422	53.636	3	12	15
15.	VÖRU	2.305	37.878	1	12	13
	Insgesamt	43.432	1.365 845¹³	33	193	226

Quelle: Kohalik omavalitsus... 2010.

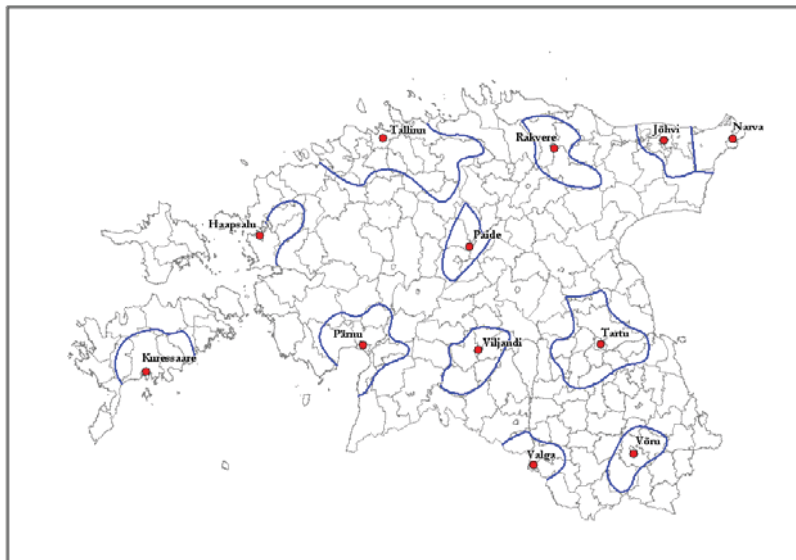
¹³ Nach Angaben des Statistikamtes gab es in Estland am 01.01.2010 → 1.340.021 Einwohner; der Rückgang im Vergleich zur vorherigen Periode beträgt mithin 0,03 % (Enim ... 2010, b). Nach Angaben der Estnischen Zentralbank lag 2009 die durchschnittliche Einwohnerzahl Estlands bei 1.340.700 (Eesti majandusnäitajad ... 2010). Vergleicht man diese Daten mit den in Anlage 2 aufgeführten Zahlen des Innenministeriums, ergibt sich eine Differenz von etwas mehr als 25.000 Personen.

Anlage 3. Einzugsgebiete für Arbeitskräfte in Estland (bei 44 Kraftzentren)



Quelle: Eesti regionaalarengu... 2010.

Anlage 4. Wachstumsregionen in Estland



Quelle: Eesti regionaalarengu... 2010.

VÕIMALUSED JA SUUNAD MAJANDUSKRIISIST VÄLJUMISEKS NING EDASISE STABIILSUSE SAAVUTAMISEKS EESTIS

Matti Raudjärv
Tartu Ülikool

Artikli eesmärgiks on püüda kokkuvõtlikult hinnata Eesti rahvamajanduse käesolevat olukorda (aastad 2009-2010) ning osutada nendele võimalustele (sh regionaalse tasakaalustatud arengu ja haldusterritoriaalse reformi vajalikkusele), mis aitaksid majanduskriisist väljuda. Artiklis tugineb autor oma seisukohtade esitamisel nii ametlikele andmetele-materjalidele ja pikaajalistele isiklikele majandusolukorra hinnangutele kui ka aastatepikkusele tööle paljude üliõpilastega erinevate majanduspoliitika ainete seminarides.

2009. aasta kui käesoleva majanduskriisi esimene täisaasta tõi enesega kaasa olulisi muudatusi, kitsendusi, piiranguid, kokkuhoidu, loobumisi ja muid sunnitud tegevusi ning ümberkorraldusi nii riigi, kohalike omavalitsuste, ettevõtete-organisatsioonide ja paljude inimeste ning nende majapidamiste eksisteerimisel. Sageli oli tegemist nõ „pingutustega ellujäämise nimel”. Paljud ettevõtted lõpetasid oma tegevuse või pankrotistusid. Pankroti olid mõnikord isegi ka füüsilised isikud sunnitud välja kuulutama. Piisavalt selged pole olnud ka Eesti Panga seisukohad ning piisavalt ei kasutatud kõiki võimalusi kommertsbankadele tegevustingimuste seadmisel. Majanduskriisile on Eestis täiendava toetuse andnud ka kasutusel olnud üliliberaalne majanduspoliitika.

Olulisemad nähtused-tegevused, mida võiks 2009. aastal majanduskriisi olukorras Eesti majanduses välja tuua, oleksid järgmised (kuigi kaugeltki mitte ainsad):

- riigieelarve kulusid tuli märkimisväärselt kärpida, kuna tulud kujunesid kavandatust väiksemateks;
- oluliselt suurenes tööpuudus, kuna paljud ettevõtted olid sunnitud oma tegevust vähendama või hoopis lõpetama;
- majanduskasv aeglustus, st tegemist oli olulise majanduslangusega tulenevalt nõudluse langusest;
- järsult vähenesid ettevõtete investeeringud ja eksport (polnud ju võimalust toodangut eksportida kui ka teised riigid vaevlesid majanduskriisis)
- ettevõtluse arendamine oli tugevalt pärssitud (kui Eestis võiks hinnata tuluga tegutsevate ettevõtjate osa ca 2% tööjõust, siis arenenud riikides võib seda ca kümme või rohkem kordi kõrgemaks hinnata)
- valmistatav toodang ja pakutavad teenused osutusid kõrgete tööjõukulude tõttu sageli kalliks (oluliseks põhjuseks ka lubamatult madal tööviljakus)
- kohalikud omavalitsused sattusid finantsraskustesse ja seda sageli seetõttu, et nende kohustused ja rahastamine ei olnud vastavuses, st ei olnud nende eelarvega tagatud; kohalikes omavalitsustes hakati hulgaliselt ka korrupsiooni-juhtumeid kahtlustama;
- väga suurt langust näitas kinnisvaraga seotud tegevus (kinnisvaraga seonduvat võib suuresti ka üheks oluliseks majanduskriisi käivitajaks lugeda).

Eesti riigieelarvet kärbiti 2009. aastal kahel korral, st koostati negatiivsed lisaeelarved. 2009. aasta riigieelarves kinnitati Riigikogu poolt algselt tulude mahuks 97,8 miljardit EEK ja kulude mahuks (arvestades ka kavandatavat täiendavat kokkuhoidu) 96,7 miljardit EEK. 2009. aasta esimese negatiivse lisaeelarve järel oli kavandatud tuludeks 88,2 miljardit EEK (vähenemine -9,6 miljardit EEK) ning kuludeks 91,9 miljardit EEK (vähenemine -4,8 miljardit EEK). 2009. aasta teise negatiivse lisaeelarve mahu vähenemine oli tulude osas -3,9 miljardit EEK ning kulude osas -2,6 miljardit EEK. Seega kujunes 2009. aasta riigieelarveks tulude puhul 84,3 miljardit EEK ning kulude puhul 89,3 miljardit EEK. 2010. aasta riigieelarve tuludeks on kavandatud 84,5 miljardit EEK ning kuludeks 89,7 miljardit EEK.

2009. aastal olid Eesti rahvamajanduses suured langused paljude majandusnäitajate osas. Nii alanes SKP 2009. aastal võrreldes 2008. aastaga 14,1%, tööstustoodang vähenes 26,1% ja ehitustööde maht koguni 34,2%. Uusi sõiduautosid võeti kasutusele 55,6% vähem kui 2008. aastal (koguni 70,9% vähem kui 2007. aastal). Töötuse määr oli 2009. aastal 13,8%. Vähenes turismi roll: välislaste oli 2009. aastal võrreldes 2008. aastaga 6,5% vähem (2007. aastaga võrreldes koguni 51,6% vähem). Eesti elanikke käis välisreisidel 2009. aastal 28,8% vähem kui 2008. aastal. Eestis asuvad ettevõtted investeerisid 2009. aastal materiaalsesse põhivarasse 27,6% vähem kui aasta varem.

Tuginedes analüüsiandmetele ning taustinformatsioonile (töötuse suurenemine, palkade langus, nõudluse vähenemine, eelarve kärpimine) võib järeldada, et:

- vähenes uus loodud väärtus tööstuses ja teistes rahvamajanduse harudes, kuna tellimused ettevõtetele vähenesid;
- ehitustööde mahud vähenesid, kuna nõudlus uute elamispiindade (aga samuti büroo- ja muude piindade) järele oli langenud;
- kuna sissetulekud alanesid, siis suurenes surve pangalaenu tagasimaksmisele; samuti vähenesid võimalused ja huvi uute autode ja paljude kestvustarbekaupade ostmiseks ning reisimiseks;
- tarbe- ja toidukaupade müügi maht langes, kuna osteti vähem ja hoolsama valikuga, samuti osteti rohkem odavamaid kaupa;
- konkurentsipüsimeks alandati osa kaupade ja teenuste hindu; sageli kasutati kaubanduses ja teeninduses odavaid soodumüügi ning allahindluse kampaaniaid (sh nii toiduainete, tarbekaupade kui ehitusmaterjalide, majutuse, toitlustamise jms puhul);
- ettevõtted ei olnud suutelised vajalikul määral investeringuid tegema, mistõttu kannatas tootearendus ja tootmisalane innovatsioon;
- ettevõtete võimaluste vähenemise tulemusel langesid nii impordi- kui ekspordimahud.

2009-2010. aastal on Eesti majanduse stabiliseerimise eesmärgil rakendatud hulgaliselt erinevaid vahendeid. Toogem siin esile mõned olulisemad (lisaks eespool nimetatud eelarve ja palgakärbetega seotud tegevused):

- 1. juulil 2009 jõustus uus töölepingu seadus, mille põhimõtteks peaks olema turvaline paindlikkus nii töövõtjatele kui tööandjatele (seni on kartused, et tööandjate võimalused on suuremad ja positsioonid paremad kui töövõtjatel);
- 1. juulist 2009 tõsteti käibemaksumäär enamikele kaupadele ja teenustele 18%-lt 20%-le; käibemaksu soodusmäär tõsteti 9%-le (kehtib nüüd raamatutele, töövihikutele, ajalehtede-ajakirjadele, ravimitele ja majutusteenustele);
- füüsilise ja juriidilise isiku tulumaksumäärad jäid ka 2010. aastal 2009. aasta 21% tasemele (enne kriisi oli kavandatud igal aastal tulumaksumäära vähendamine 1% võrra);
- aktsiisimäärade tõus oli 1. jaanuarist 2010 (mootorikütus, alkohol, tubakatooted) ja 1. märtsist 2010 (elektriaktsiis);
- maamaksu tasumine pingestus: alates 2010. aastast on kaks tähtaega – 31. märts ja 31. oktoober (varem oli kolm tähtaega – 15. aprill, 15. juuli ja 15. oktoober);
- 1. jaanuarist 2010 rakendus 15 %-line omaosalus taastusravis (varem rahastas seda täielikult Haigekassa).

Majanduskriisist väljumiseks on vaja sihikindlalt ja eesmärgipäraselt tegutseda ning vastavaid majanduspoliitilisi otsuseid vastu võtta. Kindel on ka see, et pärast majanduskriisi ei ole rahvamajanduse struktuur endine, ajapikku toimuvad olulised nihked nii majandussektorite kui majandusharude osakaaludes ning sisus. See nõuab kindlasti laiaulatuslikku, üleriiklikku ja intensiivset ning eesmärgipärast tööjõu ümberõpet ja täiendõpet, mida peaks riik on institutsioonide kaudu koordineerima ja ergutama. Seni on riik siin küll väga loiult tegutsenud.

Eestis on majanduskriisist väljumiseks vaja tähelepanu pöörata:

- tootmise, sh tööstuse arendamise soodustamisele. Seni ei ole Eestis sellele valdkonnale piisavalt tähelepanu osutatud. Sageli on arvatud, et piisab vahendamisest, transiidist, turismist, kinnisvaraga tegelemisest, infotehnoloogia arendamisest jms. Ka need on kindlasti olulised arengu valdkonnad, kuid tegelikku majanduskasvu on võimalik saavutada ikkagi eeskätt tootvate töökohtade loomisega, seejuures on vaja jõuliselt ka rahvuslikku tööstust arendada;
- tööviljakuse suurendamisele igal tasandil (see eeldab ka kaasaegse tehnika ja tehnoloogia kasutamist, informatsiooni olemasolu jms), oluline on pidevalt jälgida tööviljakuse kasvu ja palgakasvu vahekorda. Oluliseks tuleb siinjuures soodsa investeerimiskliima loomist pidada;
- majanduskeskkonna ja ettevõtluskeskkonna täiustamisele ja igakülgse funktsioneerimise soodustamisele;
- pikaajaliste investeringute soodustamisele ka kohalikes omavalitsustes (sh laenude võtmise toetamine erinevate projektide kaalukust arvestades);
- funktsioonide senisest täpsemale määratlemisele riigi ja kohaliku omavalitsuse tasandite vahel, sellest tulenevalt oleks vajalik ka omavalitsuste poolt finantseerimise arvestamine kahes eraldi osas;
- Euroopa Liidu vahendite paremale kasutamisele.

Eeltoodud arengusuunad on paremini ellu viidavad kui lähtutakse regionaalse tasakaalustatuse vajadusest kui ka haldusterritoriaalne reformi läbiviimise vajalikkusest. Täna on Eesti regionaalse arengu seisukohast äärmiselt ebastabiilses olukorras (seda kinnitavad peaaegu kõik Eesti majandusnäitajad regionaalses võrdluses). Selle kõrval on palju diskuteeritud ka Eesti ühiskonnas haridusreformi, haiglate-tervishoiureformi ja mitmete teiste reformide läbiviimise vajadusest (mida käesolevas artiklis aga ei käsitleta).

Majanduskriisist väljumist ja stabiilsuse saavutamist toetaksid kindlasti seni venima jäänud ja palju vaidlusi ning erakondade omavahelist vastasseisu tekitanud reformid. Siin tuleks eeskätt rõhutada Eesti tänast regionaalset tasakaalustamatust ning selliseid olulisi reforme nagu haldusterritoriaalne reform, haridusreform, sotsiaalreform, haiglate reform, lõpuleviimata maareform jmt. Üldistavalt võib öelda, et nimetatud reformid (ja mitte ainult need) on kõik seotud Eesti regionaalse tasakaalustatud arenguga: *arvestades ja rakendades regionaalse tasakaalustatuse põhimõtteid ning viies komplekselt ja samaaegselt läbi haldusterritoriaalse reformi, osutub paremini ka teiste vajalike reformide läbiviimine. See omakorda aitab saavutada stabiilsust ja jätkusuutlikku majanduskasvu majanduskriisist väljumisel ning toetab Eesti rahvamajanduse jätkuvat arengut.*

Paigalseis nimetatud reformide vallas takistab oluliselt Eesti rahvamajanduse arengut ja konkurentsivõimet. Paraku ei ole erakonnad oma tegevuses seni olnud võimelised reformide läbiviimises kokku leppima ega erimeelsusi ületama. Esiplaanil on kahjuks nii erakondlikud kui isiklikud ambitsioonid. Sellise käitumise ja suhtumisega tekitatakse äärmiselt suurt kahju ja kulutusi ka tuleviku jaoks. Põhjus on siin kindlasti nii madalas poliitilises kultuuris, lühinägelikkuses ja kui ka tahtmatuses.

Piirkondlikud erinevused on Eestis vaatamata oma väikesele territooriumile rahvusvahelise mastaabiga võrreldes märkimisväärsed. Iseloomulik on elatustaseme ja konkurentsivõime suur erinevus Tallinna linnapiirkonna (mingil määral ka Tartu linnapiirkonna) ja teiste Eesti regioonide vahel. On oluline, et kõik Eesti regioonid oleksid atraktiivsed paigad nii elamiseks kui äritegevuseks. Nimetatud eesmärgi saavutamine on võimalik ainult koostöös Eesti riigi kui terviku arengut mõjutavate tingimuste parandamisega.

Majanduskriisist väljumiseks on vaja Eestis praegust olukorda adekvaatselt hinnata ning sellest vajalikud järeldused teha, samuti seni kavandatud abinõud võimalikult täielikult rakendada. Kuna Euroopa Liidus on regionaalsetel küsimustel väga oluline tähtsus, siis oleks vajalik otsustusinstitutsioonidel ka Eestis regionaalarengust mitte ainult rääkida ja tegevusi kavandada, vaid need kavandid ka realselt ellu viia.